

Internationales Steuerrecht

Univ.-Prof. Dr. Siegfried Grotherr,
Prof. Dr. Claus Herfort, Steuerberater,
Prof. Dr. habil. Günther Strunk, Steuerberater,
Univ.-Prof. Dr. Bert Kaminski,
Helmut Rundshagen, Rechtsanwalt, Steuerberater

3. Auflage
2010

Herausgeber:
Deutsche Steuer-Gewerkschaft

Zitierweise:

Bearbeiter, in: Grotherr/Herfort/Strunk: Internationales Steuerrecht, 3. Aufl., Achim 2010, S. . . .

Bearbeiter:

Teil I:	S. 29–262	Grotherr
Teil II A, B:	S. 263–400	Kaminski
Teil II C:	S. 400–435	Rundshagen
Teil II D:	S. 435–501	Herfort
Teil II E, F:	S. 501–518	Rundshagen
Teil II G:	S. 518–522	Herfort
Teil III A-F:	S. 523–713	Strunk
Teil III G:	S. 714–722	Grotherr
Teil IV:	S. 723–750	Strunk
Teil V:	S. 751–788	Strunk

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8168-1173-2

© 2010 Erich Fleischer Verlag, Achim

Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus nachzudrucken oder auf fotomechanischem Wege zu vervielfältigen, auch nicht für Unterrichtszwecke. Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen nur mit Genehmigung des Verlages.

Gesamtherstellung: Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG, Hamm

Vorwort zur 3. Auflage

Die Internationalisierung der Geschäftsbeziehungen ist heute nahezu bei allen mittleren, aber auch bei vielen kleinen Unternehmen zu einer Überlebensfrage geworden. Dementsprechend kann sich kaum noch ein steuerlicher Berater der Bearbeitung grenzüberschreitender Sachverhalte entziehen. Dies ruft ein entsprechendes fachliches Informationsbedürfnis hervor, welches durch diesen Band 17 der „Grünen Reihe“ befriedigt werden soll. Dabei geht es nicht nur um die Lösung von steuerlichen Fragen, die sich bei Auslandsbeziehungen von Steuerinländern ergeben, sondern auch um die Bewältigung von steuerlichen Problemstellungen, die sich den Steuerausländern bei Inlandsbeziehungen in den Weg stellen. Ständige Steuerrechtsänderungen in der Vergangenheit haben das Internationale Steuerrecht stark verkompliziert, sodass sich für den steuerlichen Rechtsanwender immer wieder neue Herausforderungen stellen. Die diversen Änderungen in den Steuergesetzen, zahlreiche Gerichtsurteile der deutschen Finanzgerichte, aber auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und diverse neue Verwaltungserlasse haben eine Neuauflage des Werkes dringend erforderlich gemacht. Die Grundgliederung der Vorauflagen wurde dabei jedoch beibehalten.

Das vorliegende Buch gliedert sich in fünf Hauptteile:

Teil I befasst sich mit dem (allgemeinen) Außensteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland, d. h. mit den Regelungsnormen in den deutschen Einzelsteuergesetzen (EStG, KStG, GewStG, ErbStG), die bei grenzüberschreitenden Sachverhalten von besonderer Bedeutung sind. Dabei werden sowohl die Auslandsbeziehungen von Steuerinländern im Rahmen der unbeschränkten Steuerpflicht als auch die Inlandsbeziehungen von Steuerausländern bei der beschränkten Steuerpflicht behandelt. Die Steuerrechtsänderungen auf diesem Gebiet haben sich in der Vergangenheit als außerordentlich zahlreich erwiesen.

Teil II setzt sich mit dem Außensteuergesetz (AStG) auseinander, das als spezielles Außensteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden kann. Im Einzelnen werden zunächst die Einkünftekorrekturen bei Leistungen zwischen international verbundenen Unternehmen untersucht. Hier hat es eine besondere Dynamik bei der Rechtsentwicklung gegeben, was den Umfang dieses Kapitels im Vergleich zur Vorauflage erheblich hat anwachsen lassen. Anschließend werden der Wohnsitzwechsel einer natürlichen Person in einen niedrig besteuerten ausländischen Staat und die steuerlichen Auswirkungen der Beteiligung an einer ausländischen Zwischengesellschaft in einem Niedrigsteuerland behandelt. Auch wenn das durch die Anwendung des Außensteuergesetzes erzielte Steuermehraufkommen als nicht übermäßig hoch zu bezeichnen ist, spielt die Beachtung der Regelungen des Außensteuergesetzes in der steuerlichen Gestaltungsberatung eine eminent wichtige Rolle, da andernfalls unweigerlich internationale Doppelbesteuerungen drohen, die im Nachhinein nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Teil III befasst sich mit dem Recht der Doppelbesteuerungsabkommen. Die Regelungsmasse der Doppelbesteuerungsabkommen macht heute fast 50% der deutschen steuergesetzlichen Normen aus. Die Abkommen folgen mit gewissen Abweichungen weitgehend dem OECD-Musterabkommen, sodass sich die Erläuterung des Abkommensrechts an diesem Grundmuster orientiert, wobei auf erwähnenswerte Abweichungen in der deutschen Abkommenspraxis hingewiesen wird. Obwohl ständig neue Länderabkommen hinzutreten, hat sich in letzter Zeit auch der umgekehrte Weg gezeigt: Doppelbesteuerungsabkommen wurden gekündigt (z. B. das Erbschaftsteuer-Abkommen mit Österreich, die Ertragsteuer-Abkommen mit Brasilien und der Türkei), was die Bedeutung der unilateralen Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung wieder verstärkt ins Rampenlicht rücken lässt.

Teil IV und V tragen der zunehmenden Bedeutung des Europarechts für das Internationale Steuerrecht Rechnung. Der Einfluss durch Richtlinien, Verordnungen oder insbesondere durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs beschränkt sich hierbei nicht nur auf das materielle Ertrag- und Umsatzsteuerrecht, sondern auch auf verfahrensrechtliche Vorschriften der Deklaration, Mitwirkung und Steuerzahlung. Nimmt ein steuerlicher Berater von der Veröffentlichung eines Vorlagebeschlusses eines Finanzgerichts an den Europäischen Gerichtshof in einer steuerrechtlichen Fachzeitschrift keine Kenntnis und lässt er einen gleich gelagerten Besteuerungsfall bestandskräftig werden, droht ihm ein erhebliches Haftungs-potenzial. Dies ist Grund genug, der zunehmenden Bedeutung des Europarechts für die steuerliche Beratungspraxis einen gleichberechtigten Teilbereich in diesem Buch neben den anderen Teilbereichen des Internationalen Steuerrechts zu widmen.

Das vorliegende Werk wendet sich an alle Personen, die sich über das Internationale Steuerrecht einführend oder weiterführend informieren wollen. Gedacht ist in erster Linie an diejenigen, die sich auf die Steuerberaterprüfung oder auf die Laufbahnprüfung des gehobenen Dienstes der Finanzverwaltung (Dipl.-Finanzwirt) vorbereiten. Darüber hinaus richtet sich das Buch an die Studierenden der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien, die steuerliche Fächer in Diplom-, Bachelor- oder Masterstudiengängen gewählt haben. Schließlich soll auch dem praktisch tätigen Rechtsanwender durch Verweis auf die einschlägigen Entscheidungen der Finanzgerichte und Verwaltungsanweisungen ein Kurzkomentar zum Internationalen Steuerrecht an die Hand gegeben werden. Erfreulicherweise hat das Buch mittlerweile auch als Quellennachweis Eingang in die Rechtsprechung des I. Senats des Bundesfinanzhofs gefunden.

Die Ausführungen des vorliegenden Buches berücksichtigen den Stand der Steuer-gesetze, Gerichtsurteile und Verwaltungserlasse bis zum 31.10.2009.

Für konstruktive Kritik und Anregungen sind wir dankbar.

Hamburg, im November 2009

Inhaltsübersicht

Teil I: Nationales Außensteuerrecht

A	Verhältnis des nationalen Außensteuerrechts zum Internationalen Steuerrecht	29
B	Regelungsnormen in den deutschen Einzelsteuergesetzen mit grenzüberschreitendem Bezug	
1	Einkommensteuergesetz	31
1.1	Fallgruppen zur unbeschränkten Steuerpflicht	31
1.1.1	Unbeschränkte Steuerpflicht aufgrund eines Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthalts im Inland (§ 1 Abs. 1 EStG)	31
1.1.1.1	Wohnsitz (§ 8 AO)	32
1.1.1.2	Gewöhnlicher Aufenthalt (§ 9 AO)	34
1.1.2	Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht für deutsche Staatsangehörige in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bei Auslandsentsendung (§ 1 Abs. 2 EStG)	36
1.1.3	Antragsabhängige unbeschränkte Steuerpflicht bei ausschließlichem oder fast ausschließlichem Bezug von inländischen Einkünften (§ 1 Abs. 3 EStG)	37
1.1.4	Berücksichtigung von personen- und familienbezogenen Entlastungen bei fiktiv unbeschränkt steuerpflichtigen EU-/EWR-Familienangehörigen (§ 1 a EStG)	40
1.1.5	Zusammenfassender Überblick über die Fallgruppen der unbeschränkten und beschränkten Steuerpflicht	42
1.2	Sachlicher Umfang der unbeschränkten Steuerpflicht	43
1.2.1	Welteinkommensprinzip	43
1.2.2	Ausnahmen vom Welteinkommensprinzip	44
1.2.2.1	Verrechnungsverbot für bestimmte negative ausländische Einkünfte aus Drittstaaten mit inländischen Einkünften (§ 2 a Abs. 1 und 2 EStG)	44
1.2.2.1.1	Inhalt der Regelung	44
1.2.2.1.2	Verhältnis zu anderen Vorschriften	51
1.2.2.2	Verrechnungsverbot für Verluste aus der Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft bei beschränkter Haftung nach § 15 a EStG	53
1.2.2.3	Einkünfte aus einem ausländischen Staat, mit dem die Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung abgeschlossen hat	55
1.2.2.3.1	Zuordnung von Besteuerungsrechten und Steuerfreistellung	55
1.2.2.3.2	Auswirkungen DBA-steuerbefreiter Auslandseinkünfte auf die Ermittlung des anzuwendenden Einkommensteuersatzes (positiver und negativer Progressionsvorbehalt gem. § 32 b EStG)	55

1.2.2.3.3	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung gem. § 2 a Abs. 3, 4 EStG a. F. bei vormals abgezogenen DBA-Betriebsstättenverlusten (§ 52 Abs. 3 Satz 3 sowie Sätze 5 und 6 EStG)...	63
1.2.2.3.3.1	Abschaffung der Verrechenbarkeit von DBA-Betriebsstättenverlusten durch das StEntlG 1999/2000/2002	63
1.2.2.3.3.2	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung bei späteren Gewinnen	63
1.2.2.3.3.3	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung für vormals nach dem Auslandsinvestitionsgesetz abgezogene DBA-Betriebsstättenverluste bei künftigen Gewinnen über 2008 hinaus (§ 8 Abs. 5 Satz 2 AuslInvG)	66
1.2.2.3.3.4	Beispiel zur Hinzurechnung vormals abzogener Verlustbeträge	67
1.2.2.3.4	Abzugsbeschränkungen für Ausgaben im Zusammenhang mit ausländischen Einkünften	68
1.2.2.3.4.1	Abzugsverbot für Ausgaben in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen (§ 3 c Abs. 1 EStG)	68
1.2.2.3.4.2	Teilabzugsverfahren für Einkommensminderungen in einem Betriebsvermögen, die mit den nach dem Teileinkünfteverfahren nach § 3 Nr. 40 EStG teilweise steuerfreien Einkommensminderungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen (§ 3 c Abs. 2 EStG)	69
1.2.2.3.4.3	Typisiertes Ausgabenabzugsverbot bei einem Bezug von bestimmten ausländischen Kapitalerträgen durch ein inländisches Körperschaftsteuersubjekt (§ 8 b Abs. 5 KStG)	70
1.2.2.4	Teilwertabschreibungen und Wertaufholungen bei Anteilen an einer ausländischen Kapitalgesellschaft (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG).	71
1.2.3	Entstrickung und Verstrickung bei der grenzüberschreitenden Überführung von Wirtschaftsgütern	74
1.2.3.1	Entstrickung bei der Überführung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens ins Ausland	74
1.2.3.1.1	Tatbestände für die Aufdeckung von stillen Reserven in den Wirtschaftsgütern (§ 4 Abs. 1 Satz 3 EStG)	74
1.2.3.1.2	Bildung eines Ausgleichspostens zur Vermeidung einer Sofortversteuerung des Entstrickungsgewinns (§ 4 g EStG)	77
1.2.3.2	Verstrickung bei der Überführung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens vom Ausland ins Inland (§ 4 Abs. 1 Satz 7 zweiter Halbsatz EStG)	79
1.2.4	Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs für Zinsaufwendungen (Zinsschranke; § 4 h EStG; § 8 a KStG)	80
1.2.4.1	Überblick über die Anwendungsvoraussetzungen und die Ausnahmetatbestände	80
1.2.4.2	Persönlicher und territorialer Anwendungsbereich der Zinsschranke	82
1.2.4.2.1	Person des fremdfinanzierten Betriebs	82

1.2.4.2.2	Person des Fremdkapitalgebers	82
1.2.4.2.3	Auswirkungen nur bei der inländischen Gewinnermittlung	83
1.2.4.3	Sachlicher Anwendungsbereich der Zinsschranke	83
1.2.4.3.1	Vorliegen von Zinsaufwendungen	83
1.2.4.3.1.1	Positivliste für das Vorliegen von Zinsaufwendungen im Sinne der Zinsschranke	83
1.2.4.3.1.2	Negativliste für die nicht von der Zinsschranke erfassten Zinszahlungen	84
1.2.4.3.2	Vorliegen eines Betriebs	85
1.2.4.3.2.1	Begriff des „Betriebs“	85
1.2.4.3.2.2	Besonderheiten bei Organschaften (§ 15 Satz 1 Nr. 3 KStG)	86
1.2.4.4	Alternative Ausnahmetatbestände von der Anwendung der Zinsschranke (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. a bis c EStG)	86
1.2.4.4.1	Der Schuldzinsenüberhang beträgt betriebs- und wirtschaftsjahrbezogen weniger als eine Mio. Euro (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. a EStG)	86
1.2.4.4.2	Der fremdfinanzierte Betrieb weist keine Konzernzugehörigkeit auf (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. b EStG)	87
1.2.4.4.2.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für diesen Ausnahmetatbestand	87
1.2.4.4.2.2	Zu erfüllende Zusatzbedingungen bei einem fremdfinanzierten Körperschaftsteuersubjekt für diesen Ausnahmetatbestand (§ 8 a Abs. 2 KStG)	88
1.2.4.4.3	Der fremdfinanzierte konzernverbundene Betrieb weist keine geringere Eigenkapitalquote als der Konzern auf (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. c EStG; „Escape-Klausel“)	88
1.2.4.4.3.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für diesen Ausnahmetatbestand	88
1.2.4.4.3.2	Zu erfüllende Zusatzbedingungen bei einem fremdfinanzierten Körperschaftsteuersubjekt für diesen Ausnahmetatbestand (§ 8 a Abs. 3 KStG)	89
1.2.4.4.3.3	Ermittlung der relevanten Eigenkapitalquoten für den Betrieb und den Konzern	90
1.2.4.5	Besteuerungsfolgen aus der Anwendung der Zinsabzugsbeschränkung	91
1.2.4.5.1	Entstehen von in dem betreffenden Wirtschaftsjahr nicht abziehbaren Zinsaufwendungen (Zinsvortrag)	91
1.2.4.5.2	Ermittlung des Betrags der nicht abziehbaren Zinsaufwendungen	92
1.2.4.5.3	Fälle für den steuerunwirksamen Untergang eines Zinsvortrags	94
1.2.4.5.4	Auswirkungen der Zinsabzugsbeschränkung auf die Ermittlung des Gewerbeertrags	95
1.2.4.5.5	Sanktionen bei der fehlerhaften Ermittlung der Eigenkapitalquoten des Betriebs und des Konzerns	95
1.2.4.6	Zeitlicher Anwendungsbereich der Zinsabzugsbeschränkung	95

1.2.5	Veräußerung von Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften aus dem Privatvermögen (§§ 17 und 20 EStG)	96
1.2.6	Besonderheiten bei der steuerlichen Berücksichtigung ausländischer Einkünfte	99
1.2.6.1	Begriff der ausländischen Einkünfte	99
1.2.6.2	Abgrenzung der ausländischen Einkünfte von den inländischen Einkünften	103
1.2.6.3	Einkommensermittlungsgrundsätze für ausländische Einkünfte ..	105
1.2.6.4	Währungsumrechnungsmodalitäten für ausländische Einkünfte ..	109
1.2.7	Unilaterale Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (Steuerermäßigungen bei ausländischen Einkünften – § 34 c EStG)	111
1.2.7.1	Anrechnung ausländischer Steuern	112
1.2.7.1.1	Anrechnungsvoraussetzungen	112
1.2.7.1.1.1	Unbeschränkte Steuerpflicht und Steuersubjektidentität	112
1.2.7.1.1.2	Anrechenbare ausländische Steuern	113
1.2.7.1.1.3	Festsetzung und Zahlung der ausländischen Steuern sowie Kürzung um einen entstandenen Ermäßigungsanspruch	114
1.2.7.1.2	Begrenzung des Anrechnungshöchstbetrags	115
1.2.7.1.2.1	Ermittlungsgrundsatz für den Anrechnungshöchstbetrag	115
1.2.7.1.2.1.1	Erwerbseinkünfte ohne Einkünfte aus Kapitalvermögen	115
1.2.7.1.2.1.2	Modifikationen bei der Anrechnung einer ausländischen Quellensteuer bei abgeltungsteuerpflichtigen Einkünften aus Kapitalvermögen	118
1.2.7.1.2.2	Berücksichtigung der in wirtschaftlichem Zusammenhang mit den im Ausland erzielten Einnahmen stehenden Ausgaben (§ 34 c Abs. 1 Satz 4 EStG)	121
1.2.7.1.2.3	Länderweise Begrenzung des Anrechnungshöchstbetrags (§ 68 a EStDV).....	124
1.2.7.1.2.4	Zeitliche Zuordnung von Steueranrechnungsbeträgen	125
1.2.7.1.2.5	Negative ausländische Einkünfte	126
1.2.7.2	Abzug ausländischer Steuern bei der Ermittlung der Einkünfte auf Antrag (§ 34 c Abs. 2 EStG)	127
1.2.7.3	Abzug ausländischer Steuern bei der Ermittlung der Einkünfte von Amts wegen (§ 34 c Abs. 3 EStG)	129
1.2.7.4	Erlass oder Pauschalierung der Steuern auf ausländische Einkünfte (§ 34 c Abs. 5 EStG)	131
1.2.7.4.1	Auslandstätigkeitserlass	131
1.2.7.4.2	Pauschalierungserlass	132
1.2.7.5	Verhältnis der unilateralen Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zu den Regelungen der Doppelbesteuerungsabkommen	134
1.2.7.6	Anrechnung fiktiver Quellensteuern gemäß einem Doppelbesteuerungsabkommen	136
1.2.7.7	Beachtung von unilateralen Freistellungsvorbehaltsklauseln bei den abkommensrechtlichen Steuerfreistellungen	138

1.2.7.7.1	Unilaterale Rückfallklausel bei DBA-steuerbefreiten Arbeitnehmereinkünften (§ 50 d Abs. 8 EStG)	138
1.2.7.7.2	Unilaterale Rückfallklausel bei doppelter Nichtbesteuerung von DBA-steuerbefreiten Einkünften (§ 50 d Abs. 9 EStG)	140
1.3	Beschränkte Steuerpflicht	144
1.3.1	Das Vorliegen inländischer Einkünfte als Anknüpfungskriterium für die beschränkte Steuerpflicht	144
1.3.2	Sachlicher Umfang der beschränkten Steuerpflicht	147
1.3.2.1	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	147
1.3.2.2	Einkünfte aus Gewerbebetrieb	148
1.3.2.2.1	Unterhalten einer inländischen Betriebsstätte oder Bestellung eines ständigen Vertreters im Inland	148
1.3.2.2.1.1	Betriebsstätte	150
1.3.2.2.1.2	Ständiger Vertreter	152
1.3.2.2.2	Einkünfte durch die Erbringung bestimmter Beförderungsleistungen	154
1.3.2.2.3	Einkünfte aus im Inland ausgeübten oder verwerteten künstlerischen, sportlichen, artistischen, unterhaltenden oder ähnlichen Darbietungen	155
1.3.2.2.4	Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen Kapitalgesellschaft	156
1.3.2.2.5	Einkünfte aus der Vermietung und Verpachtung oder Veräußerung von inländischem Grundbesitz, inländischen Sachinbegriffen und Rechten	157
1.3.2.3	Einkünfte aus selbständiger Arbeit	158
1.3.2.4	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	160
1.3.2.5	Einkünfte aus Kapitalvermögen	161
1.3.2.6	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	164
1.3.2.7	Sonstige Einkünfte	166
1.3.2.7.1	Sonstige Einkünfte aus wiederkehrenden Bezügen	166
1.3.2.7.2	Sonstige Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften i. S. des § 23 EStG	166
1.3.2.7.3	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 4 EStG	166
1.3.2.7.4	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 3 EStG	166
1.3.2.7.5	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 5 Satz 1 EStG	168
1.3.2.8	Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG)	168
1.3.2.9	Besonderheiten bei der beschränkten Steuerpflicht	169
1.3.2.9.1	Veranlagung und Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen	169
1.3.2.9.1.1	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens bei der Veranlagung von beschränkt Steuerpflichtigen	170
1.3.2.9.1.2	Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen	172
1.3.2.9.2	Begrenzte Anwendbarkeit des Teileinkünfteverfahrens auf beschränkt einkommensteuerpflichtige Anteilseigner	175
1.3.2.9.3	Steuerabzug von Vergütungen für im Inland erbrachte Bauleistungen ausländischer Unternehmer (§§ 48 – 48 d EStG)	176

1.3.2.9.4	Besonderheiten beim Vorliegen von Doppelbesteuerungsabkommen	179
1.3.2.9.5	Befreiung der zwischen verbundenen EU-Gesellschaften gezahlten Gewinnausschüttungen von der deutschen Kapitalertragsteuer (§ 43 b EStG)	182
1.3.2.9.6	Unilaterale Kapitalertragsteuerermäßigung bei Ausschüttung von Kapitalerträgen an beschränkt steuerpflichtige Körperschaften (§ 44 a Abs. 9 EStG)	188
1.3.2.9.7	Befreiung der zwischen verbundenen EU-Gesellschaften gezahlten Zinsen und Lizenzgebühren vom deutschen Steuerabzug (§ 50 g EStG)	189
1.3.2.9.8	Voraussetzungen für die deutsche Abzugsteuerentlastung bei Zwischenschaltung einer ausländischen Gesellschaft durch eine nichtentlastungsberechtigte Person (§ 50 d Abs. 3 EStG)	191
1.3.2.9.9	Anrechnung und Abzug ausländischer Steuern	195
1.3.2.9.10	Unilaterale Qualifikation von Sondervergütungen als Unternehmensgewinne im abkommensrechtlichen Sinne (§ 50 d Abs. 10 EStG)	195
2	Körperschaftsteuergesetz	197
2.1	Unbeschränkte Steuerpflicht	197
2.1.1	Anknüpfungskriterien	197
2.1.1.1	Körperschaftsteuersubjektqualifikation ausländischer Rechtsgenossen	197
2.1.1.2	Geschäftsleitung (§ 10 AO)	200
2.1.1.3	Sitz (§ 11 AO)	202
2.1.2	Sachlicher Umfang der unbeschränkten Steuerpflicht	202
2.1.3	Körperschaftsteuerliche Einkommensermittlung nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes	203
2.1.4	Besondere Einkommensermittlungsvorschriften für Körperschaftsteuersubjekte mit Auslandsbeziehungen	203
2.1.4.1	Körperschaftsteuerliche Einkommensermittlung für ausländische Einkünfte aus Beteiligungen (§ 8 b KStG)	203
2.1.4.1.1	Beteiligungsertragsbefreiung für ausländische Dividenden bei inländischen Körperschaftsteuersubjekten (§ 8 b Abs. 1 Satz 1 KStG)	203
2.1.4.1.1.1	Überblick über die Freistellungsvoraussetzungen	203
2.1.4.1.1.2	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer bestimmten Mindestbeteiligungsquote	204
2.1.4.1.1.3	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer bestimmten Mindestbesitzzeit	205
2.1.4.1.1.4	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer aktiven Tätigkeit der ausländischen Körperschaft	205
2.1.4.1.1.5	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von der Unmittelbarkeit des Anteilsverhältnisses	206

2.1.4.1.1.6	Gewährung der Beteiligungsertragsbefreiung bei unbeschränkter und beschränkter Körperschaftsteuerpflicht	207
2.1.4.1.1.7	Kapitalertragsteuerabzug und -ermäßigung bei Weiterausschüttung der steuerfreien Beteiligungserträge an die Anteilseigner ...	207
2.1.4.1.1.8	Ausschluss der Beteiligungsertragsbefreiung für verdeckte Gewinnausschüttungen bei deren Abzug auf Gesellschaftsebene (§ 8 b Abs. 1 Satz 2 KStG)	208
2.1.4.1.1.9	Ausschluss des abkommensrechtlichen internationalen Schachtelprivilegs für verdeckte Gewinnausschüttungen bei deren Abzug auf Gesellschaftsebene (§ 8 b Abs. 1 Satz 3 KStG)	209
2.1.4.1.2	Veräußerungsgewinnbefreiung für realisierte Wertzuwächse bei Anteilen an ausländischen Körperschaften (§ 8 b Abs. 2 KStG) .	210
2.1.4.1.3	Abzugsverbot für Wertminderungen (Veräußerungsverluste, Teilwertabschreibungen) bei Anteilen an ausländischen Körperschaften (§ 8 b Abs. 3 Satz 3 KStG)	213
2.1.4.2	Besonderheiten der körperschaftsteuerlichen Organschaft bei grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen	215
2.1.4.2.1	Erfordernis der Geschäftsleitung im Inland beim Organträger ...	215
2.1.4.2.2	Steuerneutrale Weiterleitung von steuerfreien ausländischen Einkünften im Organkreis	215
2.1.4.2.3	Ausschließliche Anwendung des § 8 b Abs. 1 bis 3 KStG und des § 3 Nr. 40 EStG bei der Einkommensermittlung des Organträgers (§ 15 Nr. 2 KStG)	216
2.1.4.2.4	Die Anwendbarkeit von Steuerermäßigungen und Tarifvorschriften im Rahmen eines Organschaftsverhältnisses bei Auslandsbeziehungen	217
2.1.4.2.5	Die Berücksichtigung negativer ausländischer Einkünfte gem. § 2 a Abs. 1 EStG in Organschaftsfällen	218
2.1.5	Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei ausländischen Einkunftsteilen (§ 26 KStG)	219
2.1.5.1	Anrechnung einer ausländischen Steuer bei der Körperschaftsteuer (§ 26 Abs. 1 KStG)	219
2.1.5.1.1	Voraussetzungen	219
2.1.5.1.2	Verfahren	220
2.1.5.2	Abzug ausländischer Steuern bei Ermittlung der Einkünfte auf Antrag oder von Amts wegen	221
2.2	Beschränkte Steuerpflicht (§ 2 Nr. 1 KStG)	222
2.2.1	Subjektive Steuerpflicht ausländischer Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen	222
2.2.2	Sachlicher Umfang der beschränkten Steuerpflicht	223
2.2.3	Beachtung der Vorschriften gem. § 8 b KStG bei der Einkommensermittlung einer inländischen Betriebsstätte der beschränkt steuerpflichtigen Körperschaft	225
2.2.4	Inländische Zweigniederlassung eines ausländischen gewerblichen Unternehmens als Organträger	225

Inhaltsübersicht

2.2.5	Kein besonderer Körperschaftsteuersatz bei beschränkter Steuerpflicht	226
2.2.6	Abgeltung der Körperschaftsteuer durch den Steuerabzug (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 KStG).....	226
2.2.7	Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung bei beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen	228
3	Gewerbsteuergesetz	229
3.1	Das Territorialitätsprinzip bei der Gewerbesteuer	229
3.2	Gewerbsteuerliche Modifikationen bei ausländischen Einkünften durch Fehlen eigenständiger Ermittlungsvorschriften im Gewerbsteuergesetz	230
3.2.1	Kürzungen bei der Ermittlung der Gewerbesteuer	230
3.2.1.1	Gewinnanteile einer ausländischen Personengesellschaft (§ 9 Nr. 2 GewStG)	230
3.2.1.2	Ausländische Betriebsstätteneinkünfte (§ 9 Nr. 3 GewStG)	232
3.2.1.3	Gewinnanteile einer ausländischen Kapitalgesellschaft (§ 9 Nr. 7 GewStG)	233
3.2.1.4	Unilaterale Senkung der Mindestbeteiligungsquote beim sog. internationalen gewerbsteuerlichen Schachtelprivileg gem. DBA (§ 9 Nr. 8 GewStG)	237
3.2.2	Hinzurechnungen bei der Ermittlung der Gewerbesteuer	238
3.2.2.1	Streubesitzdividenden von ausländischen Körperschaften, die nach dem Teileinkünfteverfahren oder nach der Beteiligungsbetragsbefreiung außer Ansatz bleiben (§ 8 Nr. 5 GewStG).....	238
3.2.2.2	Anteile am Verlust einer ausländischen Personengesellschaft (§ 8 Nr. 8 GewStG)	239
3.2.2.3	Hinzurechnung der Gewinnminderungen durch ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibungen von Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften (§ 8 Nr. 10 GewStG).....	239
3.2.2.4	Bei der Ermittlung der Einkünfte abgezogene ausländische Steuern gem. § 34 c EStG (§ 8 Nr. 12 GewStG)	240
4	Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz	241
4.1	Allgemeines zur Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen	241
4.2	Unbeschränkte Steuerpflicht	242
4.2.1	Persönliche Steuerpflicht	242
4.2.1.1	Inländer	242
4.2.1.2	Erweiterung des Inländerbegriffs (sog. erweiterte unbeschränkte Erbschaftsteuerpflicht)	244
4.2.1.2.1	Abwanderer	244
4.2.1.2.2	Auslandsbedienstete	245
4.2.2	Sachliche Steuerpflicht	246
4.2.3	Wertermittlung des Auslandsvermögens	247

4.2.4	Anwendung der erbschaftsteuerlichen Verschonungsregelungen auf bestimmtes ausländisches Betriebsvermögen	248
4.3	Beschränkte Steuerpflicht	249
4.3.1	Persönliche Steuerpflicht	249
4.3.2	Sachliche Steuerpflicht	249
4.4	Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei internationalen Erbschaften und Schenkungen	253
4.4.1	Anrechnung ausländischer Erbschaftsteuer gem. § 21 ErbStG ...	253
4.4.1.1	Allgemeine Voraussetzungen	253
4.4.1.2	Auslandsvermögen	255
4.4.1.3	Ermittlung der anrechenbaren Steuer	256
4.4.1.3.1	Ausschließlich Auslandsvermögen	256
4.4.1.3.2	Teilweise Auslandsvermögen	258
4.4.1.3.3	Auslandsvermögen in verschiedenen ausländischen Staaten (Pro-Staat-Begrenzung)	259
4.4.2	Progressionsvorbehalt (§ 19 Abs. 2 ErbStG)	260

Teil II: Außensteuergesetz

A Gesetzssystematische Einordnung

1	Hintergrund und Zielsetzung des Gesetzes	263
2	Verhältnis zum nationalen und sonstigen Internationalen Steuerrecht	264
3	Verhältnis zum Europarecht	265

B Berichtigung von Einkünften zwischen international verbundenen Unternehmen gem. § 1 AStG

1	Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Leistungsverrechnung zwischen verbundenen Unternehmen	269
2	Einkunftskorrektur bei Abweichung vom Fremdvergleichsgrundsatz gem. § 1 Abs. 1 AStG	272
3	Das Verhältnis von § 1 AStG zu konkurrierenden Vorschriften	277
3.1	Verhältnis zu den Vorschriften über Gewinnberichtigungen in den Doppelbesteuerungsabkommen	278
3.2	Verhältnis zur verdeckten Gewinnausschüttung	279
3.3	Verhältnis zur verdeckten Einlage	280
3.4	Verhältnis zur Entnahme	284

Inhaltsübersicht

4	Der Begriff der nahestehenden Person gem. § 1 Abs. 2 AStG	287
5	Vorgaben zur Bestimmung des Fremdvergleichspreises gem. § 1 Abs. 3 AStG	291
5.1	Vorgaben zur Methodenwahl	291
5.1.1	Funktions- und Risikoanalyse als Ausgangspunkt	291
5.1.2	Verrechnungspreismethoden	294
5.1.2.1	Standardmethoden	294
5.1.2.1.1	Preisvergleichsmethode (comparable uncontrolled price method)	294
5.1.2.1.2	Wiederverkaufspreismethode (resale price method)	298
5.1.2.1.3	Kostenaufschlagsmethode (cost plus method)	309
5.1.2.1.3.1	Ausgangspunkt der Methode	309
5.1.2.1.3.2	Kostenkomponente	311
5.1.2.1.3.3	Gewinnkomponente	317
5.1.2.1.3.4	Anwendungsbereich	322
5.1.2.1.4	Gleichzeitige Anwendung mehrerer Methoden und Modifikationen	323
5.1.2.2	Gewinnorientierte Methoden	324
5.1.2.2.1	Gewinnaufteilungsmethode (Profit-Split-Method)	326
5.1.2.2.2	Nettomargenmethode (Transactional Net Margin Method – TNMM)	329
5.1.3	Gesetzliche Anordnung des Vorrangs der Standardmethoden	332
5.1.4	Methodenwahl in der Praxis	333
5.2	Einengung von Preisbandbreiten	335
5.2.1	Begründung für das Entstehen von Bandbreiten	335
5.2.2	Vorgaben zur Einengung von Bandbreiten	338
5.2.3	Medianansatz bei außerhalb der Bandbreite liegenden Verrechnungspreisen des Steuerpflichtigen	339
5.3	Anpassungsklauseln	342
5.4	Rechtsverordnungsermächtigung	342
5.5	Zeitlicher Anwendungsbereich	343
6	Gewinnberichtigung durch Schätzung gem. § 1 Abs. 4 AStG	344
7	Begriff der Geschäftsbeziehung gem. § 1 Abs. 5 AStG	346
8	Ausgewählte Einzelfragen	347
8.1	Vorteilsausgleich	347
8.1.1	Grundsätzliche Regelungen	347
8.1.2	Voraussetzungen des Vorteilsausgleichs	348
8.1.3	Abgrenzung zur sog. Palettenbetrachtung	350

8.2	Ausgesuchte Einzelprobleme der Einkunftsabgrenzung.....	350
8.2.1	Warenlieferungen und Dienstleistungen.....	351
8.2.2	Gewerbliche Dienstleistungen.....	355
8.2.3	Kosten der Markterschließung.....	356
8.2.4	Zinsen und ähnliche Vergütungen.....	358
8.2.5	Nutzungsüberlassung von Patenten, Know-how oder anderen immateriellen Wirtschaftsgütern; Auftragsforschung.....	361
8.2.6	Verwaltungsbezogene Leistungen im Konzern.....	363
8.3	Einkunftsabgrenzung durch Umlageverträge.....	364
8.3.1	Umlage als Alternative zur Einzelverrechnung.....	364
8.3.2	Bedeutung und Inhalt des Umlagevertrages.....	366
8.3.3	Dokumentationsanforderungen.....	372
8.4	Verrechnung von Entgelten im Fall der Personalentsendung.....	373
8.4.1	Anwendungsbereich.....	373
8.4.2	Grundsätze für die Einkunftsabgrenzung.....	374
8.4.3	Verfahrensrechtliche Regelungen.....	375
8.5	Sonderproblem: Dauerverluste bei inländischen Vertriebsgesellschaften und anderen funktionsschwachen Gesellschaften.....	375
8.6	Funktionsverlagerungen.....	377
8.6.1	Hintergrund und gesetzliche Regelung.....	377
8.6.2	Ausgestaltungsformen von Funktionsverlagerungen.....	379
8.6.3	Bestimmung der Ausgleichszahlungen.....	381
8.7	Absicherung von Verrechnungspreisen mit Hilfe eines APA.....	383
8.7.1	Überblick.....	383
8.7.2	Antragstellung.....	385
8.7.3	Inhalt des Antrags.....	386
8.7.4	Laufzeit.....	388
8.7.5	Verfahrenstechnische Umsetzung.....	388
8.7.6	Bindungswirkung.....	389
8.7.7	Vorteilhaftigkeit.....	390
9	Dokumentations- und Nachweispflichten im Rahmen der internationalen Einkunftsabgrenzung.....	391
9.1	Regelungshintergrund.....	391
9.2	Dokumentationspflichten nach § 90 Abs. 3 AO.....	392
9.3	Sanktionen bei Nichtbeachtung der Regelungen gem. § 162 Abs. 3 und 4 AO.....	399

C Wohnsitzwechsel insbesondere in niedrig besteuernde Gebiete

1	Überblick zur erweiterten beschränkten Steuerpflicht gem. den §§ 2–5 AStG	400
1.1	Allgemeines	400
1.2	Die erweiterte beschränkte Einkommensteuerpflicht (§ 2 AStG)	402
1.3	Die erweiterte beschränkte Erbschaft- und Schenkungsteuerpflicht (§ 4 AStG)	403
2	Erweiterte beschränkte Einkommensteuerpflicht	404
2.1	Tatbestand des § 2 AStG	404
2.1.1	Persönlicher Anwendungsbereich	404
2.1.2	Niedrigsteuergebiet	407
2.1.3	Wesentliche wirtschaftliche Interessen im Inland	412
2.2	Rechtsfolgen nach § 2 AStG	415
2.2.1	Besteuerung aller nicht ausländischen Einkünfte	416
2.2.2	Einkunftsermittlung nach dem Nettoprinzip	418
2.2.3	Berücksichtigung von Verlusten	418
2.2.4	Freigrenze, besondere Freibeträge, Sonderausgaben	419
2.2.5	Tarif, Progression, Höchstbesteuerung	419
2.2.6	Veranlagungsform	420
2.2.7	Ende der erweiterten beschränkten Steuerpflicht	421
2.3	Zurechnung von Einkünften nach § 5 AStG	421
3	Erweiterte beschränkte Erbschaftsteuerpflicht	423
3.1	Tatbestand des § 4 AStG	423
3.1.1	Abgrenzung	423
3.1.2	Voraussetzungen	423
3.2	Rechtsfolgen nach § 4 AStG	424
3.2.1	Steuerpflicht auf nicht ausländische Vermögensbestandteile	424
3.2.2	Ermittlung des steuerpflichtigen Nachlasses	425
3.2.3	Berechnung der deutschen Erbschaftsteuer	426
3.2.4	Besteuerungsverfahren	426
3.3	Zurechnung von Vermögen nach § 5 AStG	426
4	Besteuerung stiller Reserven bei Wegzug	427
4.1	Überblick über § 6 AStG	427
4.2	Tatbestand des § 6 Abs. 1 AStG	428
4.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich	428
4.2.2	Anteile an Kapitalgesellschaften	430
4.2.3	Wegzug und Ersatztatbestände nach § 6 Abs. 1 Satz 2 AStG	430

4.3	Rechtsfolgen nach § 6 AStG	431
4.3.1	Besteuerung des Vermögenszuwachses, Teileinkünfteverfahren ..	432
4.3.2	Besteuerung des Verkaufs der Beteiligung nach Wegzug	433
4.3.3	Vermeidung von Doppelbesteuerung	434
4.3.4	Die Stundung nach § 6 Abs. 4 bis 7 AStG	434
4.3.5	Stundung bei Wegzug in EU-/EWR-Staaten durch EU-/EWR-Staatsbürger	435
4.3.6	Stundung nach § 6 Abs. 4 AStG	436
4.3.7	Anteile aus steuerneutralen Übertragungen	437
D	Steuerliche Behandlung der Beteiligung an ausländischen Zwischengesellschaften	
1	Überblick und Verhältnis zu anderen Vorschriften	437
1.1	Grundlegung und Rechtsentwicklung	437
1.2	Verhältnis zu den Missbrauchsvorschriften der Abgabenordnung	440
1.3	Verhältnis zum internationalen Recht, insbesondere zum Europarecht	442
2	Hinzurechnungsbesteuerung gem. §§ 7 – 14 AStG	443
2.1	Tatbestandsvoraussetzung	443
2.1.1	Inländische Steuerpflichtige	443
2.1.2	Beherrschungsbeteiligung	445
2.1.2.1	Unmittelbare Beteiligung	445
2.1.2.2	Mittelbare Beteiligung	447
2.1.2.3	Begriff der mehrheitlichen Beteiligung	447
2.1.2.4	Reduzierte Mindestbeteiligung für Kapitalanlagegesellschaften ..	448
2.1.2.5	Verhältnis zum Auslandsinvestmentgesetz	449
2.1.2.6	Anwendung auf REITs	450
2.1.3	Begriff der Zwischengesellschaft	450
2.1.3.1	Ausländische Gesellschaft	450
2.1.3.2	Einkünfte aus passivem Erwerb	451
2.1.3.2.1	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	453
2.1.3.2.2	Industrielle Tätigkeit	453
2.1.3.2.3	Einkünfte aus dem Betrieb von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen	455
2.1.3.2.4	Handel	457
2.1.3.2.5	Dienstleistungen	460
2.1.3.2.6	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	464
2.1.3.2.7	Aufnahme und darlehensweise Vergabe von Kapital	465
2.1.3.2.8	Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften	467
2.1.3.2.9	Veräußerung von Beteiligungen	468
2.1.3.2.10	Umwandlungen	469
2.1.3.3	Gegenbeweismöglichkeit für EU-/EWR-Gesellschaften	471
2.1.3.3.1	Hintergrund der gesetzlichen Regelung	471

Inhaltsübersicht

2.1.3.3.2	Regelung des Gegenbeweises	473
2.1.3.4	Niedrige Besteuerung	473
2.1.3.5	Freigrenze bei gemischten Einkünften.....	476
2.2	Ermittlung des Hinzurechnungsbetrages	478
2.2.1	Überblick	478
2.2.2	Ermittlung der dem Hinzurechnungsbetrag zugrunde liegenden Einkünfte	481
2.2.2.1	Grundsätzliche Regelung.....	481
2.2.2.2	Anwendung deutschen Rechts.....	481
2.2.2.3	Gewinnermittlung bei reinen Zwischengesellschaften	482
2.2.2.4	Gewinnermittlung bei gemischten Einkünften	485
2.2.3	Berücksichtigung von Verlusten	486
2.2.4	Besonderheiten bei der Berücksichtigung von Betriebsausgaben	486
2.2.5	Steuerabzug	487
2.2.6	Steuerliche Behandlung des Hinzurechnungsbetrages	487
2.2.7	Gewerbsteuer	489
2.2.8	Berücksichtigung von Doppelbesteuerungsabkommen	490
2.3	Veräußerungsgewinne	490
2.4	Behandlung nachträglicher Ausschüttungen	491
2.5	Steueranrechnung	492
2.5.1	Überblick	492
2.5.2	Anrechenbare Steuern.....	493
2.5.3	Eigenes Anrechnungsverfahren bei nachfolgenden Gewinnausschüttungen.....	494
2.6	Nachgeschaltete Zwischengesellschaften	494
2.6.1	Normeninhalt	494
2.6.2	Tatbestandsvoraussetzung der übertragenden Zurechnungsbesteuerung.....	496
2.6.2.1	Beteiligungsvoraussetzungen	496
2.6.2.2	Der übertragenden Zurechnung zugrunde liegende Zwischeneinkünfte	497
2.6.2.3	Niedrige Besteuerung	497
2.6.2.4	Ausnahmen nach dem sog. „Funktionsprivileg“	497
2.6.3	Rechtsfolgen der übertragenden Zurechnung	498
2.6.3.1	Ermittlung der hinzuzurechnenden Einkünfte.....	498
2.6.3.2	Verlustausgleich	499
2.6.3.3	Gesonderte Feststellung	500
2.6.3.4	Beteiligung an REIT-Gesellschaften	500
2.6.4	Nachträgliche Ausschüttung der Zwischeneinkünfte	501

E Familienstiftungen § 15 AStG

1	Überblick über die Regelung	501
2	Tatbestand	502
2.1	Stiftung nach ausländischer Rechtsordnung	502
2.2	Sitz und Geschäftsleitung im Ausland	503
2.3	Unbeschränkte Steuerpflicht von Stiftern bzw. Begünstigten	504
3	Rechtsfolgen	505
3.1	Zurechnung von Einkommen	505
3.2	Zurechnung von Vermögen	506
3.3	Auswirkung auf die Erbschaftsteuer	506
3.4	Zurechnung nach § 5 AStG	507
3.5	Vermeidung doppelter Besteuerung	507
3.6	Verhältnis zu Doppelbesteuerungsabkommen	507
4	Ersatztatbestand § 15 Abs. 3 und 4 AStG	508
5	Verhältnis von § 15 AStG zu § 2 EStG	509

F Ermittlung der Einkünfte und Besteuerungsverfahren gem. §§ 16 bis 18 AStG

1	Erweiterte Mitwirkungspflichten nach § 16 AStG	510
1.1	Überblick	510
1.2	Verhältnis zu den Mitwirkungspflichten nach der AO	511
1.3	Offenlegung von Geschäftsbeziehungen	512
1.4	Rechtsfolgen bei unzureichender Mitwirkung	513
2	Die Mitwirkungspflichten nach § 17 AStG	513
2.1	Verhältnis zu den Mitwirkungspflichten nach AO	513
2.2	Voraussetzung	514
2.3	Umfang der Mitwirkungspflichten	514
2.4	Rechtsfolgen bei unzureichender Mitwirkung	515
3	Die Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gem. § 18 AStG	516
3.1	Überblick	516
3.2	Ermittlung der Bemessungsgrundlagen	516

Inhaltsübersicht

3.3	Durchführung der Besteuerung des inländischen Steuerpflichtigen	518
3.4	Besteuerungsverfahren für ausländische Familienstiftungen i. S. von § 15 AStG	518

G § 20 AStG: Konkurrenzverhältnis zwischen AStG und DBA

1	Allgemeine Vorbehaltsklausel (§ 20 Abs. 1 AStG)	518
2	Umschaltklausel für bestimmte Betriebsstätteneinkünfte	519

Teil III: Doppelbesteuerungsabkommen

A	Einleitung	523
----------	-------------------------	-----

B	Einordnung der DBA-Regelungen in das System des Außensteuerrechts	525
----------	--	-----

C Grundsätzliches zu Doppelbesteuerungen

1	Begriff und Formen der Doppelbesteuerungen	527
2	Ursachen für das Vorliegen von Doppelbesteuerungen	528
3	Verfahren zur Vermeidung bzw. Milderung der Doppelbesteuerung	530

D Rechtliche Grundlagen der Doppelbesteuerungsabkommen

1	Definition eines DBA	535
2	Zustandekommen eines DBA	536
3	Stellung der DBA im deutschen Steuerrecht	537
3.1	Begriffliche Unterschiede zwischen den Rechtskreisen	537
3.2	Qualifikationskonflikte und deren Auswirkungen	538
3.2.1	Treaty-overriding	541
3.2.2	Treaty Shopping	543
4	Auslegung eines DBA	543
4.1	Auslegungsrichtlinien, insbesondere Bedeutung des OECD-MA-Kommen- tars	545
4.1.1	DBA zwischen OECD-Mitgliedstaaten	545
4.1.2	DBA mit bzw. zwischen Nicht-OECD-Mitgliedstaaten	546

E Aufbau, Geltungsbereich und Zuordnungsprinzipien der DBA

1	Aufbau eines DBA	547
2	Geltungsbereich	547

2.1	Persönlicher Geltungsbereich	547
2.1.1	Prinzip der Ansässigkeit als Grundnorm	547
2.1.2	Vorliegen einer Person im Abkommenssinne	548
2.1.2.1	Natürliche Personen	548
2.1.2.2	Gesellschaften	548
2.1.2.3	Betriebsstätte/ständiger Vertreter	551
2.1.2.4	Gesellschaften	552
2.1.3	Bedeutung der Ansässigkeit für die Anwendung des DBA.....	552
2.1.3.1	Bestimmung der Ansässigkeit bei natürlichen Personen	553
2.1.3.2	Bestimmung der Ansässigkeit von Gesellschaften	556
2.2	Sachlicher Geltungsbereich	560
2.3	Räumlicher Geltungsbereich gem. Art. 28 OECD-MA.....	562
3	Zuordnungsprinzipien hinsichtlich der Besteuerungsrechte	563
F	Besteuerung einzelner Einkunftsarten	567
1	Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen gem. Art. 6 OECD-MA.....	568
1.1	Besteuerungsgegenstand	568
1.2	Zuordnung des Besteuerungsrechts	570
1.3	Besonderheiten und Gestaltungsmöglichkeiten	571
2	Unternehmensgewinne (Art. 5, 7–9 OECD-MA)	572
2.1	Definition der Einkunftsart	572
2.2	Zuteilung des Besteuerungsrechts	578
2.3	Definition der Betriebsstätte	578
2.3.1	Nach nationalem Recht	579
2.3.2	Nach Abkommensrecht	581
2.3.2.1	Grundlagen	581
2.3.2.2	Beispielhafte Aufzählung i. S. des Art. 5 Abs. 2 OECD-MA	584
2.3.2.2.1	Ort der Leitung	584
2.3.2.2.2	Zweigniederlassung	584
2.3.2.2.3	Geschäftsstellen, Fabrikationsstätten, Werkstätten, Bergwerke und Sonstiges	585
2.3.2.2.4	Bauausführungen und Montagetätigkeiten.....	585
2.3.2.2.5	Negativkatalog i. S. des Art. 5 Abs. 4 OECD-MA	587
2.3.2.2.5.1	Warenlager/Auslieferungslager	588
2.3.2.2.5.2	Tätigkeiten vorbereitender Art oder Hilfstätigkeiten	588
2.3.2.2.5.3	Einkaufs- und Informationsbeschaffungstätigkeiten	589
2.3.2.2.5.4	Kumulierung von Ausnahmetatbeständen	589
2.3.3	Rechtsfolgenidentität bei ständigem Vertreter	590
2.3.4	Anti-Organ-Klausel des Art. 5 Abs. 7 OECD-MA	592

Inhaltsübersicht

2.4	Gewinnabgrenzung bei verbundenen Unternehmen (Art. 9 OECD-MA)	593
2.4.1	Zweck der Vorschrift	593
2.4.2	Steuerliche Korrektornormen	594
2.5	Gewinnabgrenzung zwischen Stammhaus und Betriebsstätte	595
2.5.1	Ermittlung des Betriebsstättengewinns	597
2.5.1.1	Grundlegende Buchführungsregelungen	598
2.5.1.2	Gewinnaufteilungsmethoden	600
2.5.1.2.1	Direkte Methode	600
2.5.1.2.2	Indirekte Methode	601
2.5.1.2.3	Gemischte Methode	602
2.5.1.2.4	Direkte Methode und funktionale Zuordnung	602
2.5.1.2.5	Direkte Methode und Spezialprobleme	608
2.5.1.2.5.1	Zuordnung von Wirtschaftsgütern	608
2.5.1.2.5.2	Nutzungsüberlassung	611
2.5.1.2.5.3	Kapitalausstattung	612
2.5.1.2.5.4	Überführung von Wirtschaftsgütern	616
2.5.1.3	Aufwands- und Ertragsabgrenzung	616
2.5.1.3.1	Gründungskosten	618
2.5.1.3.2	Marketing- und Werbekosten	618
2.5.1.3.3	Forschungs- und Entwicklungskosten	619
2.5.1.3.4	Währungsumrechnung	620
2.5.1.3.5	Keine Attraktivkraft der Betriebsstätte gem. Art. 7 Abs. 1 OECD-MA	622
2.5.1.4	Betriebsstättenvorbehalt und gestalterische Maßnahmen	624
2.6	Personengesellschaften als abkommensrechtliche Sonderform der Betriebs- stätte	625
2.6.1	Qualifizierungskriterien	630
2.6.2	Besteuerung der Einkünfte eines Mitunternehmers und die Behandlung von „Sondervergütungen“	634
2.6.3	Gewinnermittlung der Personengesellschaft	636
3	Einkünfte aus Dividenden gem. Art. 10 OECD-MA	636
3.1	Definition von Einkünften aus Dividenden	637
3.2	Zinsen	640
4	Einkünfte aus Zinsen (Art. 11 OECD-MA)	640
4.1	Definition von Zinsen und Abgrenzung zu anderen Einkunftsarten	641
4.1.1	Abgrenzung zu Einkünften eines stillen Gesellschafters	643
4.1.2	Abgrenzung zu Einkünften aus einem partiarischen Darlehen ...	645
4.1.3	Weitere Abgrenzungen	646
4.2	Regelungsinhalt	647
4.2.1	Quelle der Zinsen	648
4.2.2	Besteuerungsverfahren	649

4.3	Ausgewählte Einzelprobleme	650
5	Einkünfte aus Lizenzen (Art. 12 OECD-MA)	651
5.1	Grundsätzliches	651
5.2	Definition und Abgrenzung	654
5.2.1	Definition	654
5.2.2	Besondere Abgrenzungsprobleme	656
5.3	Besteuerungsfolgen	658
5.3.1	Zuteilung der Besteuerungsrechte	658
5.3.2	Attraktivkraft und Umqualifizierung	659
5.3.3	Unangemessenheit der Lizenzgebühren	660
6	Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen (Art. 13 OECD-MA)	661
6.1	Grundsatz und Definition	661
6.2	Unbewegliches Vermögen (Art. 13 Abs. 1)	664
6.3	Bewegliches Betriebsvermögen (Art. 13 Abs. 2)	665
6.4	Vermögen gem. Art. 13 Abs. 3	667
6.5	Sonstiges Vermögen (Art. 13 Abs. 4)	667
7	Dienstleistungs- und Arbeitseinkünfte	668
7.1	Wohnsitzprinzip als Grundorientierung	668
7.2	Selbständige Arbeit (Art. 14 OECD-MA)	668
7.2.1	Grundsätzliche Regelung	668
7.2.2	Bedeutung einer festen Geschäftseinrichtung	676
7.3	Unselbständige Arbeit (Art. 15 OECD-MA)	677
7.3.1	Grundsätzliche Regelungen	677
7.3.2	Definition der Einkünfte gem. Art. 15 OECD-MA	678
7.3.3	Abgrenzung zu Art. 7 OECD-MA	678
7.3.4	Bestimmung des Tätigkeitsortes	679
7.3.5	Wohnsitzbesteuerung als Ausnahme der Tätigkeitsortbesteue- rung	680
7.4	Einzelregelungen zu bestimmten Tätigkeiten/Einkünften	688
7.4.1	Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen (Art. 16 OECD- MA)	688
7.4.2	Vergütungen für künstlerische oder sportliche Tätigkeiten (Art. 17 OECD-MA)	691
7.4.3	Ruhegehälter (Art. 18 OECD-MA)	694
7.4.4	Einkünfte aus öffentlichen Kassen (Art. 19 OECD-MA)	696
8	Sonstige Einkünfte (Art. 21 OECD-MA)	696

Inhaltsübersicht

9	Vermögensbesteuerung (Art. 22 OECD-MA)	698
10	Für alle Einkunftsarten geltende Vorschriften	699
10.1	Vermeidung der Doppelbesteuerung (Art. 23 A/B OECD-MA)	699
10.1.1	Grundsätzliches Wahlrecht	699
10.1.2	Freistellung	699
10.1.3	Steueranrechnung	701
10.2	Gleichheitsgrundsatz/Diskriminierungsverbote (Art. 24 OECD-MA)	702
10.3	Verständigungsverfahren (Art. 25 OECD-MA)	704
10.4	Informationsaustausch (Art. 26 OECD-MA)	706
10.4.1	Grundsätzliches	706
10.4.2	Besonderheiten hinsichtlich der Rechts- und Amtshilfe	710
10.4.3	Simultane Betriebsprüfungen	712

G Doppelbesteuerungsabkommen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer

1	Grundzüge des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern	714
2	Überblick über Regelungsinhalte der geltenden ErbSt-DBA	717
2.2	Nachlass-ErbSt-SchenkSt-DBA-Frankreich	717
2.3	ErbSt-DBA-Griechenland	718
2.4	Steuerabkommen mit Schweden und Dänemark	718
2.5	ErbSt-DBA-Schweiz	719
2.6	ErbSt-DBA-USA	720

Teil IV: Einfluss des Europarechts auf das Internationale Steuerrecht

1	Europarecht und Internationales Steuerrecht	723
1.1	Grundlagen	724
1.1.1	Rechtsquellen der Gemeinschaft	724
1.1.1.1	Primäres Gemeinschaftsrecht	724
1.1.1.2	Sekundäres Gemeinschaftsrecht	725
1.2	Verhältnis zum nationalen Recht	726
1.3	Ausgewählte Organe der Gemeinschaft	727
1.4	Rechtsschutz durch den EuGH	728

2	Bisherige Harmonisierungsschritte innerhalb der EG	729
2.1	Indirekte Steuern	729
2.2	Direkte Steuern	729
2.2.1	Überblick	730
2.2.2	Die Mutter-Tochter-Richtlinie	730
2.2.3	Die Fusionsrichtlinie	731
2.2.4	Die Richtlinie über Zinsen und Lizenzen innerhalb von verbundenen Unternehmen	732
2.2.5	Die Zinsrichtlinie	734
2.2.6	Weiter gehende Überlegungen	735
2.3	Verfahrensrecht	737
2.3.1	Einfluss des Europarechts auf die Umsatzbesteuerung in Deutschland	739
2.3.1.1	Richtlinienkonforme Auslegung am Beispiel des Begriffs der Betriebsstätte nach § 12 AO	740
2.3.1.2	Weitere Auswirkungen des EU-Rechts auf die Umsatzbesteuerung im Inland.....	746
2.3.2	Einfluss des Europarechts auf die Ertragsbesteuerung in Deutschland	747
2.3.3	Anwendung des EU-Rechts	747
2.3.3.1	Anwendung auf EWR-Staaten	748
2.3.3.2	Anwendung auf EFTA-Staaten und Drittstaaten	748

Teil V: Einfluss der EuGH-Rechtsprechung auf das Internationale Steuerrecht

1	Einleitung	751
2	Aufgaben des EuGH	751
3	Vorgehensweise des EuGH	754
3.1	Grundsätzliche Vorgehensweise	754
3.2	Grundlegende Entwicklungstendenzen in der Rechtsprechung des EuGH	758
3.2.1	Zum Vergleichsmaßstab	758
3.2.2	Ausdehnung der Rechtsprechung des EuGH auf Drittstaatenfälle	759
4	Ausgewählte Fälle aus der Rechtsprechung	761
4.1	Verlustberücksichtigung	761
4.1.1	Innerkonzernliche Verluste	761
4.1.2	Ausländische Verluste i. S. des § 2 a EStG	762
4.1.2.1	Ritter-Coulais	762

Inhaltsübersicht

4.1.2.2	REWE Zentralfinanz und Lidl/Belgium – Entscheidungen	764
4.1.2.3	Währungsverluste am Dotationskapital	767
4.2	Quellensteuern und Besteuerung von beschränkt Steuerpflichtigen	770
4.3	Steueranrechnung	771
4.4	Steuerliche Behandlung von Finanzierungsaufwand	773
4.5	Wegzug und Steuerentstrickung	775
4.6	Columbus-Container	778
5	Ausgewählte Fälle zur Erbschaftsteuer	781
5.1	Erben Barbier	781
5.2	Erbschaft Block	782
6	Ausblick	788
Anhang 1:	OECD-Musterabkommen	789
Anhang 2:	Stand der DBA	803
Anhang 3:	Vergleich der Rechtsformen	808
Abkürzungsverzeichnis	815
Paraphenschlüssel	819
Stichwortverzeichnis	825